Pressemitteilung

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

06.02.2014

Deutsche Bischofskonferenz muss Stellung beziehen

Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transgender in Nigeria

Der Vorsitzende der nigerianische Bischofskonferenz Ignatius Kaigama hat die Verschärfung des nigerianischen Antihomosexualitätsgesetzes als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnet. In seinem Brief an den nigerianischen Präsidenten behauptet er, das Gesetz schütze die Würde des Menschen und die Heiligkeit der Ehe als Verbindung von Mann und Frau. Dazu erklärt ***Manfred Bruns****, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):*

Die Äußerungen des Vorsitzenden der nigerianische Bischofskonferenz Ignatius Kaigama sind ein Beitrag zu Mord und Totschlag. Sie unterstützen das Klima von Hass und Gewalt gegen Homo- und Transsexuelle in Nigeria. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Hier sind die Verantwortlichen der katholischen Kirche auch in Deutschland gefragt.

Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz und ihre in Nigeria tätigen Hilfswerke auf, die unglaublichen Vorgänge in Nigeria klar zu verurteilen. Alle Menschen haben unabhängig von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität das Recht auf Leben, Sicherheit und körperliche Unversehrtheit. Nur die Beachtung der Menschenrechte schützt die Würde des Menschen.

Der LSVD hat sich mit einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch gewandt, ihn zur Stellungnahme aufgefordert und um ein Gespräch gebeten.

Seit der Unterzeichnung des Gesetzes durch den nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan gibt es regelrechte Hexenjagden auf Lesben, Schwule und Transgender. Unsere Partnerorganisationen berichten, dass die Polizei in den letzten Tagen rund 100 Homosexuelle verhaftete und folterte, Menschen gingen im Mob auf andere los, weil sie sie für homosexuell hielten.

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.